

# Ohne Wahrheit keine Versöhnung

Erklärung des Vereins zur Völkerverständigung mit Mittel-, Süd- und Osteuropa e.V. und der Berliner Freunde der Völker Russlands e.V. zum Umgang des Berliner Stadtbezirks Charlottenburg-Wilmersdorf mit dem Vorschlag Drucksache 0502/4 zur Errichtung eines mehrsprachigen Gedenkzeichens an die SS-Archivalien- und Kulturgut-Sammelstelle des Auswärtigen Amtes (1941-1943) in der Hardenbergstraße 29a. [vier Seiten, 1782 Wörter]

## 1.) Grundsätzliches und Dank für die Sponsorbereitschaft an die Bayerischen Hausbau

Das Finanzierungsangebot der Bayerischen Hausbau GmbH & Co KG vom 23. November 2012 ist eine passende Gelegenheit, um die Ergebnisse der Historikerkommission zur Aufarbeitung der NS-Geschichte des Auswärtigen Amtes (Oktober 2010) (dazu gehört die Bundestags-Grundsatzdiskussion vom 9. und 10. November 2012 mit dem Ziel, Transparenz herzustellen über die NS-Behörden, die zuständig waren für den Raub und die Geheimhaltung darüber) zusammenzuführen mit wichtigen Initiativen des Deutsch-Russischen Museumsdialogs. Die Spannungen bei der Eröffnung der gemeinsamen Ausstellung „Bronzezeit - Europa ohne Grenzen“ am 21.6.2013 in St. Petersburg durch den Russischen Präsidenten und die Bundeskanzlerin machten deutlich, dass Handlungsbedarf an Aufarbeitung der bilateralen Beziehungen und an vertrauensbildenden Maßnahmen besteht. Infolge der einseitigen politischen Information während des Kalten Krieges kommen öffentlichen, mehrsprachigen Gedenkzeichen auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik bzw. in Berlin-West hierbei eine besondere Bedeutung zu. Im Moment besteht der Eindruck, dass es in Deutschland vermutlich noch kein deutsch-russisches Gedenkzeichen gibt, welches an die **Zerstörung von 427 Museen, 43.000 Bibliotheken, 2439 architektonischen Werken, 2234 Kirchen und Klöster sowie den Raub oder Zerstörung von 564.700 Kunstwerken, 100.000 archäologischen Gegenständen und 200 Millionen Bücher, Notenausgaben und Handschriften** erinnert. (Zahlenangabe nach Valentin Falin: „Verlagerte Kunst“, Veranstaltung **Verlust + Rückgabe** des Deutsch-Russischen Museumsdialogs aus Anlass des 50. Jahrestages der Rückführung von Kulturgütern aus der Sowjetunion, 30.10.2008, Berlin-Mitte, deutsche Übersetzung S. 6 [www.kulturstiftung.de](http://www.kulturstiftung.de)). Der Charakter von Plünderung und Zerstörung wurde schon am 21. Juni 1946 vor dem Internationalen Militärtribunal des alliierten Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses dokumentiert, als das Thema **“Zerstörung und Plünderung von kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen, Klöstern, Kirchen und anderen religiösen Einrichtungen sowie die Zerstörung von Städten und Dörfern.”** behandelt wurde (siehe Protokolle..., blaue Serie, Band 8 Seite 69ff). Die Doppelwirkung der deutschen Okkupation von teils **Plünderung sowie weitgehende Zerstörung des Übrigen** wird darin anschaulich geschildert bei der Schändung der Regionalmuseen wie der **Geburtshäuser** der Schriftsteller **Leo Tolstois in Jasnaja Poljana** und **Anton Tschechovs in Taganrog**, der Komponisten **Nikolai Rimsky-Korsakovs in Tichwin**, von **Peter Tschaikowsky in Klin** und vor allem beim Beschuss, **Brandschatzung und Verminung der großen Anlagen im Staatsreservat des Dichters Alexander Puschkin.**

## 2.) Begriff „SS-Kunstsammelstelle“ oder genauer und besser: „Archivalien- und Kulturgut-Sammelstelle“

Im Verlauf der bisherigen Diskussion wurde darauf verwiesen, dass das „Sonderkommando Künsberg“ mit wenigen Ausnahmen keine klassischen Kunstobjekte in den besetzten Teilen der Sowjetunion beschlagnahmte sondern fast nur seltene Bibliotheksbestände, kartographisches Material und kriegsstrategische Sammlungen. Hierzu stellen wir fest:

- Das „Sonderkommando Künsberg“ war ab 1940 im okkupierten Frankreich mit 75 Kraftfahrern tätig. Es beteiligte sich an räuberischer Kulturgutverbringung insbesondere aus privaten jüdischen Kunstsammlungen, durchsuchte eine Reihe von französischen Schlössern, wobei Robert Schmidt, der seinerzeitige Direktor des Kunstgewerbemuseums Berlin, behilflich war.

(siehe Anja Heuß, Die "Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes - Das Sonderkommando Künsberg und der Kulturrab in der Sowjetunion. Institut für Zeitgeschichte, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 45 (1997) Heft 4.,S. 535-588)

- Für die erwartete Eroberung und Plünderung der Stadt Leningrad war unter anderem fest eingeplant, auch die Eremitage auszurauben (s. A. Heuß, ebenda, Seite 544).
- Die Einsatzkommandos „Stettin“ bzw. „Hamburg“ beschlagnahmten im Leningrader Gebiet im Alexanderschloss Puschkin (Zarskoje Selo), im Schloss Gadschina (Krasnogwardeisk) und im Schloss Pawlowsk (Sluzk) die wertvollsten Bibliotheksbände in einer Anzahl von insgesamt 37.500 Stück (auf der 4. Jahrestagung des Deutsch-Russischen Bibliotheksdialogs am 18.11.2013 in Leipzig hat die Familie von der Schulenburg 125 im Jahr 1942 aus dem „Sonderkommando Künsberg“ an sie gelangten Bücher aus Pawlowsk, nachdem ihnen die Herkunft bekannt geworden war, zurückgegeben).
- In der Ukraine, insbesondere in Lemberg, Kiev und Odessa, wurden sehr große Mengen kartographischer Sammlungen, Archivalien und Bibliotheksbestände in Forschungsinstituten und der Akademie der Wissenschaft beschlagnahmt, selektiv im Interesse der Besatzer geplündert und in einigen Teilen auch abtransportiert, darunter eine Judaica-Sammlung mit mehr als 10.000 Bänden.

Wir schlagen daher vor, den Begriff „SS-Kunstsammelstelle“ durch „SS-Raubgut- oder „SS-Archivalien- und Kulturgut-Sammelstelle“ zu ersetzen.

### **3) Bedeutung des Ortes Hardenbergstraße 29a, Dauer der Nutzung der Lokalität**

Die Niederschrift des BVV-Kulturausschusses vom 4.9.2013 enthält die Bemerkung, dass die SS-Archivalien-Sammelstelle des Auswärtigen Amtes nur ein halbes Jahr an diesem Ort ansässig gewesen sei. Hierzu stellen wir fest: Nach der Historikerin Anja Heuß wurde die Lokalität mindestens eineinhalb Jahre genutzt: „Die erbeuteten Materialien aus der Sowjetunion wurden von Winter 1941/42 bis Frühjahr 1943 in Berlin, Hardenbergstr. 29a, gesammelt, gesichtet und weiterverteilt.“ Zum gleichen Schluß kommt Prof. Andreas Nachama, Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, im Schreiben vom 3.12.2013 an die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Am 30. Okt. 2008 hatte Botschafter a.D. Valentin Falin bei der Jubiläumsveranstaltung „50 Jahre Rückgabe von verlagelter Kunst“ die übergroßen russischen Zweifel am Aufklärungs- und Auskunftswillen der deutschen Stellen bezüglich NS-verschlepptem russischen Kulturgut dargelegt. Die öffentliche deutsch-russische Kennzeichnung eines sehr wichtigen Dienstsitzes des „Sonderkommando Künsberg“ entspricht in idealer Weise der Zielstellung des Projekts „Russische Museen im Zweiten Weltkrieg 1941-1950“ zur Dokumentation von Zerstörungen, Verlusten und der Dokumentation des weiteren Verbleibs des russischen Kulturgutes. Der Museologe Stefan Knobloch wies zudem in der Vorberatung am 4.6.2013 in den Räumen der BVV-SPD-Fraktion im Rathaus Charlottenburg darauf hin, dass die Adresse Hardenbergstraße 29a die erste NS-Beutekulturgut-Sammelstelle in Deutschland gewesen sei.

### **4) Koordiniertes, nationales Gedenkkonzept dringend wünschenswert**

Die Fraktion von Bündnis 90/ GRÜNE der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf erinnerte an die im November 2005 vom Bezirksamt festgestellte bundespolitische Bedeutung und wünscht ein Gesamtkonzept für die Bundesrepublik, um Einzelgedenkbjekte der verbrecherischen NS-Kulturpolitik im öffentlichen Raum sinnvoll aufeinander abzustimmen. Das Verhalten der Münchener Zollbehörde im aktuellen Fall GURLITT hat jahrzehntelange Unterlassungen ans Tageslicht gebracht, die besonders im Ausland als ausgeprägter Mangel an Unrechtsbewusstsein aufgefasst wurden.

Es stellen sich folgende Fragen:

- wo existieren eventuell in einzelnen Bundesländern bereits öffentliche, mehrsprachige Gedenkzeichen zur NS-Zerstörung und dem Raub von Kulturgut, insbesondere in der okkupierten Sowjetunion?

- existieren bereits Vorkonzepte etwa von Seiten des Auswärtigen Amtes, des Beauftragten für Kultur und Medien, des Deutsch-Russischen Museumsdialogs oder etwa von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz?

### **5) Vorschläge zur Ergänzung durch zwei bis drei weitere Gedenkzeichen**

Wir schlagen vor, auf der Basis der Bundestags-Drucksache 16/932 vom März 2006 – Bedeutung von Wahrheits- und Versöhnungskommissionen für eine friedliche Zukunft – und Bundestags-Drucksache 17/11001 die Verbrechen des Nationalsozialismus konkret-institutionell im Kontext von Archivalien- und Kulturgut wie folgt öffentlich zu benennen:

- **Kennzeichnung des Sitzes des Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg** als einflussreichste Organisation für Raub, Beschlagnahme, Sammlung und Zerstörung von Kulturgut aus Mitteleuropa. Dafür spricht auch, dass knapp 50 Prozent der Objekte des „Sonderkommando Künsberg“ an den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg weitergegeben wurden. Es gibt Hinweise, wonach das „Amt Rosenberg“ auch eine Sammelstelle am Tiergartenhof direkt am S-Bahnhof Tiergarten unterhielt.
- **Kennzeichnung / öffentliche Benennung** (auch in russischer Sprache!) **der verbrecherischen Expansionsplanungen der Publikationsstelle Dahlem** des Geheimen Preußischen Staatsarchivs als Grundlage und praktische Vorbereitung des Eroberungs- und Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion ab 22. Juni 1941 (siehe Abschluss-Publikation des Seminars am Otto-Suhr-Institut der FU mit Prof. Wolfgang Wippermann: Jessica Hoffmann/ Anja Megel/ Robert Parzer/ Helena Seidel (Hg): **Dahlemer Erinnerungsorte**. Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur, Berlin 2007).
- Prüfung der Möglichkeit, am Standort Tiergartenhof mit einer Gedenktafel (mehrsprachig) auf die Relevanz der dortigen Beutekunst-Sammelstelle hinzuweisen.
- Prüfung der Möglichkeit, mit einer Gedenktafel (mehrsprachig) im Bereich der seinerzeitigen Deutschlandhalle auf die „Sammelstelle für herrenloses Kulturgut“ von Mitte 1945 hinzuweisen.

### **6. Die Wahrheit über den Überfall auf die UdSSR rechtshistorisch und völkerrechtlich eindeutig und öffentlich benennen.**

Zum Gründungsmythos der Bundesrepublik gehörte: „Die Wehrmacht war ein sauberer Haufen, die Verbrechen, das war alles die SS.“ Es hat 50 Jahre, also mehrere Generationen, gedauert, bis die Rolle der deutschen Wehrmacht aus der Mythenbildung herauskam und differenziert als oft tief verstrickt in schwerste NS-Verbrechen entlarvt wurde. Dies geschah beispielsweise in den neunziger Jahren durch die Hamburger Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ und fand weitgehend im öffentlichen Raum statt, mit vielen ergänzenden Debatten auch in einigen Landtagen.

An der seinerzeitigen Berliner Universität, der heutigen Humboldt-Universität, waren im „Generalplan Ost“ vom 28. Mai 1942 36 Städte und drei größere „Siedlungsmarken“ verbindlich zur Germanisierung innerhalb von 25 Jahren projiziert gewesen. Im Mai 2002 folgte die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät der Humboldt-Universität den u.a. durch die Wehrmachtsausstellung ausgelösten Diskussionen mit einer eigenen Erklärung, in der dieser mittelfristige Plan einhellig als „schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt wurde. Die Erklärung steht auch in russischer, polnischer und englischer Sprache auf der Homepage der Agrarfakultät der Humboldt-Universität.

Im September 2006 hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft entschieden, keine völkerrechtliche Grundanalyse und Bewertung des „Generalplans Ost“ (GPO) vorzunehmen, sondern einfach die Autorenschaft des „Generalplans Ost“ vom Mai 1942 zu verändern und der SS (Schutzstaffel der NDSAP) zuzuschreiben. Im gleichen Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurden allerdings die Verbrechen Stalins ausführlich analysiert.

Ohne Wahrheit gibt es keine Versöhnung. Strafe kann verzichtbar sein, aber die Offenlegung von Schuld, die unvoreingenommene völkerrechtliche wie strafrechtliche Bewertung und konkrete Aufklärung über die Details der NS-Verbrechen werden dadurch nicht ersetzt. Neben der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät und der Publikationsstelle Dahlem arbeiteten weitere fünf bis 10 zumeist wissenschaftliche Institutionen in der Reichshauptstadt am Ziel der national-staatlichen, ethnischen und kulturellen Vernichtung der Völker Mittel- und Osteuropas unter weitgehender Aufhebung europäischer Rechtsnormen. Die Aktennotiz in der Besprechung der Staatssekretäre von mehreren Reichsministerien sieben Wochen vor dem Überfall auf die UdSSR, am 2.5.1941, die wirtschaftliche Zielsetzung des Krieges gegen die Sowjetunion lautete:

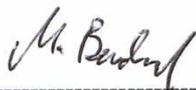
- *Der Krieg ist nur dann weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird.*

- **Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Land herausgeholt wird.** (Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945. Eine Dokumentation zum 50. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion. Herausgegeben von Reinhard Rürup und Peter Jahn, Text 27 und Text 28, Seite 44, Berlin 1991).

Nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 ist die absichtliche Zerstörung von Kunst und Kulturgut strafbar (§ 56, Satz 2: **Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.**). Der Standpunkt der Bundesregierung und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Russische Föderation habe völkerrechtswidrig deutsches Kulturgut einbehalten, erscheint wie Doppelmoral, wenn nicht auf das vorherige Wüten des „Sonderkommando Künsberg“ im Auftrag Rosenbergs hingewiesen wird.

Die Unterzeichnenden schlagen daher vor, den politischen Grundkonsens zur vollständigen Vernichtung der Sowjetunion in staatlicher, ethnischer und kultureller Hinsicht von Frühjahr 1941 bei gleichzeitiger Verachtung des Völkerrechts und europäischer Rechtstraditionen mehrsprachig, d.h. auch in russischer Sprache, im öffentlichen Raum Berlins sichtbar zugänglich zu machen.

Berlin, 14. Januar 2014



Matthias Burchard Vorstand  
Verein zur Völkerverständigung mit  
Mittel-, Süd- und Osteuropa e.V.



Knut Danicke Vorstandsmitglied  
Berliner Freunde der Völker Russlands e.V.



Reinhard Strecker Vorstand  
Verein zur Völkerverständigung mit  
Mittel-, Süd- und Osteuropa e.V.